

"Weißeritz-Zeitung"
erscheint wöchentlich drei-
mal: Dienstag, Donner-
tag und Sonnabend. —
Preis vierteljährlich 1 M.
25 Pf., einmonatlich 42
Pf., Einzelne Nummern
10 Pf. — Alle Postan-
stalten, Postboten, sowie
die Agenten nehmen Be-
stellungen an.

Weißeritz-Zeitung.

Anzeiger für Dippoldiswalde und Umgegend.

Amtsblatt für die Königliche Amtshauptmannschaft, das Königliche Amtsgericht und den Stadtrath zu Dippoldiswalde.

Verantwortlicher Redakteur: Paul Jehne in Dippoldiswalde.

Mit achtseitigem „Illustrirten Unterhaltungsblatt“.

Mit land- und handelswirtschaftlicher Monatsbeilage.

Nr. 54.

Sonnabend, den 13. Mai 1899.

65. Jahrgang.

Den Ortsbehörden des amts'hauptmannschaftlichen Bezirks werden in den nächsten Tagen die erforderlichen Formulare zur Ermittlung der Anbauflächen für das Jahr 1899 zugehen, welche unter Bezugnahme von Orts- und Landwirtschaftskundigen, bezüglich der Forsten und Holzungen von Forstwirtschaftskundigen, genau nach der diesen Formularen aufgedruckten Anleitung innerhalb der ersten beiden Wochen des Monats Juni auszufüllen und sodann vorschriftsmäßig vollzogen in je einem Exemplare bis

spätestens zum 16. Juni

anher zurückzusenden sind, während das andere Exemplar zu den Akten zu nehmen ist.

Insoweit Ortsheile in Frage kommen, sind die ermittelten Anbauflächen nicht mit denen des Hauptortes zu vereinigen, sondern in je ein Formular für sich einzutragen.

Dippoldiswalde, am 9. Mai 1899.

Königliche Amtshauptmannschaft.

558 D.

Lößnitz.

Die Vergütung für die von den Gemeinden im Monat April dieses Jahres an Militär-Pferde zur Verabreichung gelangende Marschfourage beträgt:
für 50 Kilo Hafer: 7 M. 80,6 Pf.,
" " " Heu: 3 " 89,6 "
" " " Stroh: 2 " 62,5 "

Dippoldiswalde, am 4. Mai 1899.

Königliche Amtshauptmannschaft.

Lößnitz.

Dr.

Bersteigerung.

Montag, den 15. Mai 1899, von Mittags 12 Uhr an,
soll im Hotel „Galati“ in Ripsdorf eine bei einem Dritten gespendete

Parthe Möbel

meistbietend gegen sofortige Baarzahlung versteigert werden.

Dippoldiswalde, den 12. Mai 1899.

Der Gerichtsvollzieher beim Agl. Amtsgericht daselbst.

Alt. Graupner.

Tägliche Erinnerungen.

14. Mai:

1816. Kaiser Karl IV. geb.
1610. Heinrich IV. v. Frankreich ermordet.
1686. Naturforscher Fahrenheit geb.
1840. Freih. v. Stein †.
1699. General Biethen geb.

15. Mai:

1800. Bonaparte geht mit der Armee über den St. Bernhardt.
1848. Revolution in Wien.
1867. Gefangenennahme Maximilians von Mexiko.
1881. Franz Dingelstedt zu Wien †.

16. Mai:

1788. Dichter Fr. Rückert geb.
1832. Casimir Périer, franz. Staatsmann an der Cholera †.

17. Mai:

1632. Gustav Adolf zieht in München ein.
1727. Katharina I. v. Russland †.
1838. Talleyrand †.
1886. König Alfons XIII. von Spanien geb.
1782. H. v. Bülow geb.

1894. Napoleon wird Kaiser.
1848. Rationalversammlung in Frankfurt a. M.

18. Mai:

1218. Otto IV. auf der Harzburg †.
1498. Vasco de Gama landet in Indien.
1536. Anna Boleyn enthauptet.
1762. Philosoph Fichte geb.
1896. Karl Ludwig, Erzherzog von Österreich †.

19. Mai:

1254. Kaiser Konrad IV. †.
1506. Columbus †.
1796. Stenograph Stolze zu Berlin geb.
1813. Schlacht bei Bautzen.
1871. Die Vereinigung Elsaß-Lothringens mit Deutschland an-

genommen.

Zu den Handelsvertragsunterhandlungen zwischen Deutschland und Nordamerika.

Über den Stand der zwischen der deutschen Regierung und der Union regierungen eingeleiteten Verhandlungen behufs Abschlusses eines neuen Handelsvertrages will noch immer nichts Näheres in die Deffentlichkeit dringen, wenigstens bei uns in Deutschland nicht. Im Laufe der gegenwärtigen Reichstagsession ist zwar eine Interpellation an die Regierung darüber, wie weit denn eigentlich die handelspolitischen Unterhandlungen mit der Union gediehen seien, eingekraucht worden, aber der Staatssekretär v. Bülow verkannte sich in seiner Erwiderung vorsichtig hinter das diplomatische Geheimnis, welches ihm angeblich verhinderte, Einzelheiten in der gewünschten Hinsicht mitzuteilen. Gewiss kann man nun ohne Weiteres zugeben, daß eine gewisse diplomatische Reserve in solchen Dingen ganz am Platze ist, aber anderseits charakterisiert sich die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zwischen dem deutschen Reiche und der nordamerikanischen Union als eine so wichtige wirtschaftspolitische Frage der Gegenwart, daß die öffentliche Meinung in den beteiligten Ländern sicherlich das Recht besitzt, über die Entwicklung derselben endlich einmal

aufgellärt zu werden. Hoffentlich erfährt man von zuständiger Stelle in dieser Beziehung bald etwas Positives, was schon deshalb wünschenswert erscheint, weil sie und da verlautet, die deutsch-amerikanischen Handelsvertragsverhandlungen wollten nicht vom Frieden, da amerikanischerseits hartnäckig ein größeres Entgegenkommen Deutschlands verlangt werde, als dies deutscherseits bekundet werden könne und mösse. Nun, an und für sich würden diese Gerüchte freilich nicht so unglaublich erscheinen. Die Art und Weise, wie es der Unionregierung bislang beliebt, das Deutschland von Amerika vertragsmäßig zugestandene Recht der Meistbegünstigung auszulegen, zeigt gerade nicht von besonders loyaler Haltung der Union gegen Deutschland in den zwischen beiden Staaten schwelenden zollpolitischen Fragen. Ramentlich trat dies bei der Ausnahmbehandlung hervor, welche in dem am 27. August 1894 in Kraft getretenen sogenannten Wilson-Zolltarif dem deutschen Zucker zu Theil wurde, denn der amerikanischerseits damals beliebte Differenz-Zollzuschlag auf deutschen Zucker stand in offenbarem Widerspruch mit dem Deutschland gewährten Meistbegünstigungsrecht. Die deutsche Regierung erhob zwar alsbald Protest gegen solche vertragswidrige Behandlung des deutschen Zuckers in dem Wilson-Zolltarif, aber die amerikanische Tarifbestimmung blieb trotzdem bestehen, und auch in dem inzwischen eingeführten neuesten Zolltarif der Amerikaner, in der Dingley-Bill, wird der deutsche Zucker nicht wesentlich besser behandelt. Außerdem hat die amerikanische Regierung den deutschen Einfuhrhandel noch in einem anderen Punkte geschädigt, indem sie in dem amerikanisch-französischen Gegenseitigkeitsabkommen von 1897 Frankreich zugestandenem Zollvergünstigungen speziell für Gemälde, Statuen, Spirituosen u. s. w. Deutschland vorbehält, obwohl doch letzteres nach dem Rechte der Meistbegünstigung auf diese Frankreich gewährten Zollherabsetzungen ebenfalls Anspruch besitzt. Amerika will sich hierzu nur dann versetzen, wenn deutscherseits „gleichwertige Gegenkonkurrenz“ gemacht werden, wobei man aber „drüber“ ganz zu vergessen scheint, daß Deutschland z. B. der amerikanischen Getreide-Einfuhr schon sehr erhebliche Zollerleichterungen gewährt hat. Durch diese unbillige Auslegung des Meistbegünstigungsrechtes gegenüber Deutschland seitens der Union ist denn auch die gegenwärtige Trübung in dem handelspolitischen Verhältnisse der beiden Staaten zu einander herbeigeführt worden, die zunächst noch immer anhält, unbbeeinflußt von den schwelenden Vertragsverhandlungen zwischen den beiderseitigen Regierungen. Nicht wenige Leute giebt es nun bei uns in Deutschland, welche verlangen, die deutsche Regierung solle endlich den übermächtigen Yankees ernstlich mit einem Zollkrieg drohen, falls ihre Zollpolitik Deutschland gegenüber nicht endlich einlenke, aber unsere Regierung hat bis jetzt mit Recht gezögert, mit einem solchen Pressionsmittel in den zollpolitischen

Differenzen mit Nordamerika vorzugehen. Allerdings übersteigt die Waarenausfuhr aus der Union nach dem deutschen Reiche die deutsche Waarenausfuhr in das Unionsgebiet um durchschnittlich 120 bis 140 Millionen Mark jährlich, doch ist hiermit noch keineswegs gesagt, daß in Folge dessen bei einem etwaigen Brüche der zollpolitischen Beziehungen zwischen beiden Staaten Nordamerika der am meisten geschädigte Theil sein würde. Jedenfalls würde aber bei einem deutsch-amerikanischen Zollkriege auch der siegreich bleibende Theil — wenn dann überhaupt von einem „Sieg“ gesprochen werden kann — schwere wirtschaftliche Einbußen erleiden und man muß darum noch immer an der Hoffnung festhalten, daß unter diesem Gesichtspunkte beide Regierungen noch zu einer handelspolitischen Verständigung mit einander gelangen werden. Um so eher erscheint eine solche Erwartung gerechtfertigt, als die zwischen Deutschland und der Union entstandenen politischen Bestimmungen, welche der Philippinenfrage und der Samoa-Affäre entspringen, inzwischen erfreulicher Weise wieder beseitigt worden sind und als somit in dieser Beziehung wieder klar Weiter zwischen Berlin und Washington herrscht.

Locales und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am vergangenen Himmelfahrtstag fand im Saale des Gasthauses zu Schmiedeberg die Hauptbezirkssammlung der Königl. Sächsischen Militärvereine im Bundesbezirk Dippoldiswalde statt. Die Feststellung der Präsenzliste ergab, daß von sämtlichen Vereinen, außer von dreien, Vertreter erschienen waren, mit welchen sich noch eine bedeutende Anzahl von Kameraden eingefunden hatte. Der Bezirksvorsteher, Herr Neumerkel-Altenberg, eröffnete die Versammlung mit herzlicher Begrüßung der Erschienenen, unter denen mit besonderer Freude Herr Major Thiele sowie die Herren Bundes-Präsident-Mitglieder Uhde und Lennert bemerkbar wurden. In seiner Ansprache hob der Herr Bezirksvorsteher hervor, daß es den treuen Kameraden wahres Herzbedürfnis sei, zunächst ihrer unverbrüchlichen Hingabe an den hohen Bundesprotector Ausdruck zu verleihen, dem ehrenvollstesten Dank gebühre für die Huld, die er „seinen Kameraden“ stets hat zu Theil werden lassen. In einem brausenden Hoch auf Se. Majestät den König sandten diese Worte kräftigen Wiederhall. Nun mehr verschritt man zur Besprechung der Tagesordnung der diesjährigen Bundesgeneralversammlung, bei welcher Gelegenheit man Stellung zu den seitens verschiedener Bundesbezirke eingebrachten Anträgen nahm. Hierauf erfolgte die feierliche Verpflichtung der neuwählten Vereinsvorsteher Lehrer Bindhase und Sekretär Henke. Aus dem vom Herrn Bezirksvorsteher ausgearbeiteten und vorgetragenen Jahresbericht ist Folgendes erwähnt: Der Bezirk besteht zur Zeit aus 36 Vereinen mit 3144 Mitgliedern. Das 25jährige Stiftungsfest feierte der Verein Burkendorf